

# Sächsische Volkszeitung

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Ercheint täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Ausgabe A.: Mit der Zeit in Wort und Bild. Vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.  
Ausgabe B.: Eine halbjährige Beilage kostet 1,90 M. In Dresden u. Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 J. — Druckerei-Verl. Nr. 6854.

Inserate werden die gewöhnliche Zeitschrift oder deren Raum mit 15 J. Rechenen mit 50 J. die Zeile berechnet, bei Anzeigenlangen entsprechenden Rabatt.  
Nachdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 13. — Telefon 1300  
Für Rückgabe unbenutzter, Schriftstücke keine Verantwortlichkeit. Redaktion - Geschäftsstelle: 11 - 12 Uhr

**Wurmmittel „Contravermes“**  
für Kinder 30 Pfg. und 35 Pfg., Erwachsene 50 Pfg.  
**Wurmsäpfchen gegen Madenwürmer, 50 Pfg. Bandwurmmittel „Contrataeniam“ 2 Mark, angenehmes Mittel bei sicherem Erfolge. Versand nach auswärts. Kgl. Hofapotheke Dresden.**

### Die große Männerversammlung des Volksvereins im Reglerheim.

Im Reichen des Volksvereins stand wie alljährlich, so auch heuer der Pensionskommissionstag. Der große Saal des Reglerheims war bis auf das letzte Plätzchen besetzt; auf den fast überfüllten Galerien war eine beträchtliche Anzahl von Damen anwesend. Der Landesvertreter für das Königsreich Sachsen, Herr Pfarrer Rudolph, eröffnete mit einigen Begrüßungsworten nach 7 Uhr die imminente Versammlung. Zunächst hieß er die Redner, Herrn Reichstagsabgeordneten Paul Kochen und Herrn Pfarrer Müller willkommen, um sodann einen Rückblick über die im verwichenen Jahre geleisteten Arbeiten zu geben. Freudig begrüßte der Landesvertreter das in der Lausitz, besonders in der Südlasitz einwirkende lebhaftere Vereinsleben und die immer mehr um sich greifende Würdigung der Ziele des Volksvereins. Am heutigen Tage finden auch in Dresden große Versammlungen auch in Plauen, Reichenau und Woidau statt, in welchen Se. Erlaucht Graf Schönburg, Abgeordneter Paul, Dr. Heißner und Kochen sprechen. Sehr zahlreich war der Besuch der Versammlungen in den einzelnen Bezirken. Aufführung in das Volk hineinzutragen ist die Aufgabe des Volksvereins. Wenn auch der Volksverein mit dem Zentrum nicht verwechselt werden darf, so stimmen doch beide in den Grundgedanken überein. Redner gedachte sodann des großen Kampfers für die gute Sache, des verstorbenen Bürgermeisters von Rien, Dr. Karl Lueger, knüpfte daran den Wunsch, daß die christlich-sozialen Partei in seinem Geiste weiter arbeite, die mit ihren christlichen und sozialen Ideen mit dem Zentrum sich decken. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Vaterlandsliebe aus der Religion geschöpft werde, gedachte Redner derjenigen, die an der Spitze von Kirche und Staat stehen und bringt auf Kaiser, König und Papst ein dreifaches, von der Versammlung begeistert aufgenommenes Hoch aus. Der Landesvertreter schließt sodann für die heutige Versammlung als Präsidenten den Vorsitzenden des katholischen kaufmännischen Vereins „Columbus“ Herrn Fabrikbesitzer Stolte vor zur Anerkennung der vom katholischen kaufmännischen Verein versprochenen tatkräftigen Mitarbeit für die Ideen des Volksvereins. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung spricht Herr Stolte den Dank für die dem Verein „Columbus“ hienach zuteil gewordene Ehrung aus und erteilt Herrn Reichstagsabgeordneten Paul Kochen das Wort zu seinem Vortrage über „Zeitgemäße Rückblicke“.

Erstens von lebhaftem Beifall unterbrochen, beipricht der geschätzte Redner die Ursachen, die eine Reichsfinanzreform nötig machten, die negative Blockarbeit und die selbstlose vom Volkswahlte distanzierte Tätigkeit des Zentrums an der Lösung der Steuerreformfragen. Redner zeigte das Anwachsen der Reichsschulden unter der Ära Bülow, die in 8 1/2 Jahren von 2 1/2 Milliarden auf 3 1/2 Milliarden anwachsenden trotzdem im Jahre 1909/10 1700 Millionen Mark Einnahmen aus Steuerquellen zustoßen, während im Jahre 1906 die Einnahmen nur 700 Millionen Mk. betragen. Härt Bülow abnte aber, daß an der Frage der Finanzreform das ununterschiedliche Blockgebilde scheitern müsse, daher wurde die Lösung jährelang hinausgeschoben, bis endlich die Reichsnot die Beschaffung neuer Deckungsmittel herbeiführte. Bei der Kommissionsberatung zeigte sich die Unfähigkeit des Blockes glänzend. Als auch den Konservativen die Geduld riß und sie, um positive Arbeit leisten zu können, mit dem Zentrum gehen mußten, streikten die Liberalen und Konservative und Zentrum machten die Finanzreform auch im Plenum allein gegen den liberalen Starren, der alle Steuervorschläge ablehnte. Dem Zentrum war es gar nicht darum zu tun, das Grab für den Block und Bülow zu schaufeln, denn sonst hätte es dies in den finsternen Reueubertagen tun können, sondern Block und Bülow gingen an ihrer eigenen Unfähigkeit, positive Arbeit zu leisten, zugrunde. Was das Zentrum Positives geleistet hat, betrachten keine Gegner aber immer als etwas Selbstverständliches; jeden kleinsten Fehler — und wer begeht solche nicht — vergrößern unsere Gegner ins Unendliche. Sparsamkeit und Volkswohl waren immer das erhobene Ziel der Zentrumspolitik. Ganz vortrefflich habe es der große Tote, Bürgermeister Dr. Karl Lueger, als ein Genie ersten Ranges verstanden, Wien und die ganze Monarchie aus dem Sumpfe herauszuholen, ohne daß er das Volk weiter belastet hätte. Er war ein Gegner des Wuchers, der Volkswirtschaft und der Hintertreppepolitik. Oesterreichs zerrüttete Finanzen verbesserten sich und heute kann man von einer günstigen oesterreichischen Finanzpolitik sprechen. Nachdem Redner noch auf den Toleranzantrag eingegangen ist, fordert er die

Versammlung auf, fest einzustehen für den Zentrumsturm, das treue und feste Bollwerk des Volkes. Minutenlang, stürmischer Beifall zeigte, wie die vollstimmige Rede bei den Zuhörern gesiegt hatte.

Nachdem der Vorsitzende dem Herrn Abgeordneten gedankt und die Versammlung sich diesem Danke durch Erheben von den Plätzen angeschlossen hatte, nahm als zweiter Redner Herr Pfarrer Müller das Wort zu seinem Vortrage „Der Kampf um die konfessionelle Volksschule“.

Als Leitfaden legte er seinem Vortrage folgende Grundgedanken:

1. Wir stehen unentwegt auf dem Boden der konfessionellen Volksschule und erklären, daß wir das liebste, was wir haben, unsere Kinder, nicht anders erziehen und unterrichten wollen, als nach ihrem eigenen katholischen Glauben, dessen Grundzüge, Inhalt und Ziel Jesus Christus der Sohn Gottes ist.

2. Wir wünschen aber auch, daß bei einem eventuell eingebrachten neuen Schulgesetz der Minderheit die konfessionelle Schule möglich ist dadurch, daß die katholischen Kinder auch der ausländischen Eltern die katholische Schule besuchen müssen.

3. Wir haben das feste Vertrauen zur Regierung, daß durch das neue Kirchen- und Schulgesetz auch der Minderheit es ermöglicht werde, ihre Schulen selbst zu errichten und zu erhalten.

Die trefflichen und begeisterten Ausführungen des hochschätzten Redners erwarnten stürmischen Beifall. Wegen der Aktualität der Schulfrage in Sachsen werden wir diese Rede in der morgigen Nummer bringen. Auch auf die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Paul Kochen werden wir in einer der nächsten Nummern ersäugend zurück.

Der Vorsitzende dankte ebenfalls Herrn Pfarrer Müller, und die Versammlung gab diesem Danke durch Erheben von den Plätzen Ausdruck.

Hierauf forderte Landesvertreter Herr Pfarrer Rudolph in einem zusammenfassenden Schlußworte die Versammlung auf, ihre einstimmige Zustimmung zu den von Herrn Pfarrer Müller dargebrachten Leitfäden über die konfessionelle Volksschule kundzugeben. Ein einstimmiges „Ja“ der 1500 anwesenden Personen war die Antwort. Nach dem Vorlesung des Redners sollen diese Leitfäden durch den katholischen Bürgerverein der Regierung unterbreitet werden. Redner fordert zu weiterer agitatorischer Tätigkeit für den Volksverein auf, damit alle sächsischen Katholiken nach und nach an seiner Aufklärungsarbeit teilnehmen. Es sei eine betrübende Tatsache, daß gerade jene von Stand und Bildung sich so wenig um die soziale Frage kümmern. Bis in die untersten Klassen müssen die Wohlthäter sozialer Fürsorge und Aufklärung hineingetragen werden. Gerade durch diese Aufklärungsarbeit habe das Zentrum den festen Boden gefunden, auf dem es steht. Mit Bewahrung sei es zu betonen, daß alle Stände im Volksverein vertreten sind. Redner habe unlängst einer anderen politischen Versammlung angehört, wo er nicht einen Arbeiter gefunden habe. Mit warmer Begeisterung fordert Redner sodann auf zur lebhaften Parteilichkeit für die „Sächsische Volkszeitung“. Den Frieden hat unser katholisches Ergebnis gestört, aber wenn es in der Presse ruhiger und friedlicher zugeht wie früher, so danken wir das der „Sächsischen Volkszeitung“. Es gebe noch viele Katholiken, welche die Zeitung nicht halten; sie sind wohl auch Mitglieder des Volksvereins, aber zu Hause seien sie eine andere Zeitung. Der Katholik müsse sich in Politik und Religion Aufklärung verschaffen. Wer zum Beispiel der heutigen Versammlung nicht beigewohnt, werde von ihrem Verlaufe wohl kaum anders Kenntnis erhalten als durch die „Sächsische Volkszeitung“. Darum ist es notwendig, diese zu halten und zu verbreiten. Es handelt sich hier nicht nur um eine feste Basis, sondern auch um ihren Weiterausbau. (Beifall.) Redner fordert auf, den Kindern eine tüchtige Schulbildung zu verschaffen und verteidigt die katholische Schule gegen den Vorwurf der Minderwertigkeit gegenüber den Schulen der konfessionellen Mehrheit. Halten wir die Kinder an, daß sie tüchtig lernen, um im praktischen Leben jeder Konkurrenz gewappnet gegenüber zu stehen. Wenn wir die auf unserem Programm stehende Wahrheiten in die Tat umsetzen, so weisen wir nicht nur auf den Himmel hin, sondern machen die Jugend auch tüchtig und brauchbar für das praktische Leben. Redner fordert noch zum Schluß alle Volksvereinsmitglieder auf, ihre Pflicht zu erfüllen. Mit Worten des Dankes für die Redner schloß der Vorsitzende die imvontant verlaufene Versammlung.

### Politische Rundschau.

Dresden, den 14. März 1910.  
Der Kaiser traf mit dem Großherzog von Oldenburg und dem Prinzen Heinrich von Preußen um 11 Uhr 20 Minuten, von Bremerhaven kommend, mit zahlreichem Gefolge mittels Sonderzuges in Oslebshausen ein. Der Kaiser beschäftigte zunächst die Maschinfabrik und die Werftanlagen. Die Werft war während der Besichtigung in vollem Betriebe. Dem Wunsche der Arbeiterschaft entsprechend schließt die Werft nachmittags 3 Uhr. Die Arbeiter erhalten den vollen Tagelohn. Sie waren vollständig erschienen und begrüßten den Kaiser allenfalls, worauf

der Kaiser freundlich dankte. Um etwa 2 1/4 Uhr fuhr der Monarch im Automobil mit Gefolge durch die in Flaggenschmuck brandenden Straßen zum „Motskeller“, woselbst ein vom Senate gegebener Ambig eingenommen wurde. Um 3 Uhr 15 Minuten erfolgte mittels Sonderzuges die Rückfahrt nach Berlin.

Der zweite Tag der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus brachte eine Rede des Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg. Den Rindfäden des Liberalismus und der Sozialdemokratie stellte er sich scharf ablehnend gegenüber, zu den Kommissionen beschließen nimmt er eine abwartende Stellung ein. Es folgte hierauf eine Auseinandersetzung zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen über die Freitagsgestimmung der letzteren. Auf Vorwürfe gegen das Zentrum antwortete der Abgeordnete Gerold: daß die Partei daran festhalten werde, das zu nehmen, was zu erreichen ist und nicht an Unerreichbarem festhalte. Die §§ 5-11 wurden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ohne daß es zu einer besonders wichtigen Debatte kam.

Nach neueren, zuverlässigen Informationen ist das Reichsamt des Innern mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage über die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten beschäftigt; die Vorlage bringt die von der über großen Mehrheit der Privatangestellten gewünschte Sonderklasse (Zulassungs zur Erziehung der alten Versicherung), also nicht den Ansehen des alten Gesetzes durch neue Klassen. Die vom Hauptverband für die staatliche Pensionsversicherung vertretene Mehrheit umfasst 12 Verbände mit über 700 000 Angestellten. Die „Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“ vertritt dagegen die Minderheit, zu der 9 (kleinere) Verbände mit etwa 90 000 Mitgliedsmitgliedern vereinigt sind. Wie der Reichstagsabgeordnete Herr Landgerichtsdirektor Dr. Heintze auf dem Sächsischen Privatbeamtenkongress in Dresden am 6. März mitteilte, sei ihm an zuständiger Stelle auf das bestimmteste versichert worden, daß der Gesetzentwurf über die Versicherung der Privatangestellten noch in dieser Session dem Reichstage zugehen werde.

Die Treptower Kottmirer gegen den Polizeipräsidenten. In einer Versammlung im „Paradiesgarten“ hat der Verein der Kottmirer im Treptow eine Demonstration gegen die sie immer schädigenden Maßnahmen des Polizeipräsidenten unterm 6. März an den Minister des Innern beschloßen. Der Schluß der Sitzung lautet: „Wir bitten auch Euer Erzellenz, uns doch hochgeneigtst darüber aufzuklären, wer uns denn nun den durch die behördlichen Maßnahmen erschwerten nachteiligen Geschäftsschaden ersetzen wird?“

Gesamte Adolf Hoffmann wurde als Kandidat für den 6. Berliner Landtagswahlbezirk proklamiert. Der „Rechtsanwalt“ Hoffmann kommt also wieder in das Abgeordnetenhaus, denn dieser Kreis ist den Sozialdemokraten überlassen.

Sind die Einwände gegen die Gültigkeit des erlassenen Verordnungs nicht haltbar? Das Reichsamt und offizielle Mitteilungen in den Blättern behaupten, Ruler-Safid habe kein Verordnungs erlassen, sondern nur mit Ruler-Safid einen Gesellschaftsvertrag geschlossen. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß der Sultan in der Verleibungsurkunde der Bergwerkskonzessionen an Reinhard Mannesmann erklärt, daß er ein „Gesetz“ erlassen habe. Ruler-Safid hat nicht die Absicht gehabt, ein für einen bestimmten Fall ungedachtenes Reglement zu erlassen, dessen Akzeptanz nicht bestimmt wäre. Seine Absicht, die Bedingungen zur Konzessionserteilung ein für allemal festzulegen, geht aus der von ihm gebrauchten Bezeichnung „Vertrag“ für dieses Gesetz hervor, ein Ausdruck, der für jeden Anhänger des Islam nicht nur die politische, sondern auch die religiös verbindliche Rechtsnorm bezeichnet, die aus dem heiligen Rechte, dem Scheriat hergeleitet ist, und übrigens in allen mohammedanischen Ländern, selbst nicht arabischer Sprache, mit diesem Worte ausgedrückt wird. So werden zum Beispiel bei dem Moslim Indiens sogar die unglückseligen Staatsgesetze, bei denen die niederländischen, bei den Tartaren Zentralasiens selbst die russischen Ukafe als Kanone bezeichnet, und das höchste Bewort großer islamitischer Herrscher ist nicht „der Große“, sondern „Al-Schamir“, der Gesetzgeber. Es wird offiziell gegen die Rechtswirksamkeit des Verordnungs eingewandt, Ruler-Safid sei zur Zeit des Erlasses des Gesetzes noch nicht international als Sultan anerkannt und daher nicht zu rechtsverbindlichen Regierungshandlungen befugt gewesen. Ruler-Safid brauchte, da er de facto und nach islamitischem Staatsgrundlagen legal regierte, nicht auf seine Anerkennung seitens der Mächte zu warten um rechtsverbindliche Regierungshandlungen vorzunehmen, konnte also ein rechtsverbindliches Verordnungs erlassen. In allen analogen Fällen (Napoleon I. und III., Peter I. von Serbien, Viktor Emanuel II. in Neapel, Murad V., Abdul-Dawid II., Mohammed V. in der Türkei, Wilhelm I. in Hannover, Sturhesen usw., Amodeo, die Republik und Alfons XII. in Spanien, Ferdinand I. in Bulgarien usw., wo durch gewalttätigen Umsturz eine neue Staatsverwaltung aufkommt, tragen bis zur späteren Anerkennung der neuen Staatsgewalt durch das Ausland die Regierungshandlungen